

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Klaus Adelt

Abg. Jürgen Mistol

Staatssekretär Gerhard Eck

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)

Einheimischenmodelle weiterhin kommunalfreundlich gestalten (Drs. 17/3589)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Endlich Einsatz für Einheimischenmodelle zeigen! (Drs. 17/3607)

Ich habe gebeten, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein bisschen autoritär!)

Ich habe Zeit.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir auch! – Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze ein – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Geht doch!)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Tomaschko das Wort. - Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es geht heute um die Sicherung der bewährten Einheimischenmodelle, die wir in unseren Gemeinden sehr gut kennen. Aber es geht auch um die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die verbilligte Abgabe von Baugrundstücken an Gemeindebewohner ist gerade in Zeiten regionalen Wohnungsmangels ein unverzichtbares Instrument. Die Einheimischenmodelle, die über viele Jahre bewährt sind und gewachsene Gemeindestrukturen erhalten können und erhalten sollen, sind sehr wichtig für uns. Nur eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur

schaft die Grundlage für eine soziale Infrastruktur mit Kinderbetreuung, Schulen und Altenpflege in den Gemeinden.

Daher ist es aus unserer Sicht außerordentlich wichtig, jungen Familien die Möglichkeit zu geben, mithilfe dieser Einheimischenmodelle vergünstigtes Bauland in den Gemeinden zu erwerben und einen Wegzug speziell junger Familien, die sich teures Bauland nicht leisten können, zu verhindern.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, das ist ein Bereich, den wir hier zur Sprache bringen müssen.

Hintergrund der aktuellen Diskussion sind die bereits vor einigen Jahren angestregten Verfahren der Europäischen Kommission gegen vier bayerische Kommunen, die Einheimischen vergünstigtes Bauland zum Kauf angeboten haben. Die EU-Kommission sah darin eine Diskriminierung nicht ortsansässiger Bürgerinnen und Bürger. Der Europäische Gerichtshof fällte im Mai 2013 ein Urteil zu einem ähnlichen Einheimischenmodell in Belgien, in Flandern. In diesem Urteil wurde das flämische Dekret zwar verworfen; der Europäische Gerichtshof stellte jedoch fest, dass Einheimischenmodelle unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere bei einer sozialen Ausgestaltung, zulässig sein können.

Nachdem es zunächst so aussah, als ob nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom vergangenen Jahr eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission erzielt werden könnte, stellte die Kommission die bisherigen Ergebnisse völlig überraschend wieder infrage. Für die bayerischen Kommunen würde diese neuerliche Kehrtwende der Europäischen Kommission bedeuten, dass die Einheimischenmodelle, wie wir sie kennen und wie sie derzeit von den Kommunen praktiziert und aufgelegt werden, so nicht mehr aufgelegt werden können.

Die kommunalen Spitzenverbände haben das natürlich zum Thema gemacht und sahen sich bereits gezwungen – ich denke, Sie kennen den Brief des Bayerischen

Städtetages -, den Mitgliedern der kommunalen Spitzenverbände, den Gemeinden und den Städten, davon abzuraten, Einheimischenmodelle nach dem bisherigen Kriterienkatalog aufzulegen.

Die Europäische Kommission lässt darüber hinaus verlauten, dass ein Ende der Verhandlungen nicht absehbar sei. Das ist für uns als CSU ein untragbarer Schwebezustand und, wie ich denke, auch für die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen unerträglich. Deshalb muss dieser Schwebezustand so schnell wie möglich beseitigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung haben ein gut praktizierbares und mit den europarechtlichen Grundfreiheiten vereinbares Konzept entworfen, in dessen Rahmen mit den Städten und Gemeinden die Berücksichtigung ortsspezifischer Besonderheiten abgesprochen wurde. Eine Änderung des Konzepts hin zu einer nur nachrangigen Berücksichtigung der Ortsansässigkeit würde ein bewährtes politisches Instrument gefährden, mit dem die Kommunen gewachsene Gemeindestrukturen erhalten und dringend benötigten Wohnraum gerade für junge Familien schaffen können.

Meine Damen und Herren, sollte die Kommission dabei bleiben, dass die Dauer der Ortsansässigkeit im Kriterienkatalog keine Rolle mehr spielen darf, ist zu befürchten, dass Städte und Gemeinden das Modell ganz aufgeben und Grundstücke nur noch auf dem freien Markt anbieten bzw. anbieten können. Dies würde bedeuten, dass gerade junge Familien ihren angestammten Heimatort verlassen müssten, weil sie sich zu Marktpreisen wie insbesondere in Ballungszentren oder im südlichen Teil Bayerns kein Grundstück mehr leisten können.

Unsere Forderung lautet daher: Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung müssen alles dafür tun, dass für den Fortbestand der Einheimischenmodelle rasch eine kommunalfreundliche Lösung gefunden wird. Das Urteil des

Europäischen Gerichtshofes lässt eine solche kommunalfreundliche Auslegung zu. Es kann nicht sein, dass gegen die Interessen unserer Kommunen verhandelt wird. Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Unverständlich ist mir - ich schaue in Richtung der FREIEN WÄHLER – der nachgezogene Dringlichkeitsantrag von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER. Ich habe den Antrag mehrfach gelesen. Man kann sehr viel herauslesen. In der Sache – ich unterstelle Ihnen das positiv – möchten Sie das Gleiche wie wir. Die Frage ist aber, wie viel Polemik Sie hineinpacken. Wenn ein solcher Antrag bei der Bundesregierung oder in Europa aufläuft, ist die Frage, ob er überhaupt noch ein Gewicht hat. Ich frage mich schon: Setzen Sie von den FREIEN WÄHLERN wieder einmal die Polemik höher, als den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu helfen? Ich fordere Sie auf: Ziehen Sie diesen Antrag zurück, wenn es Ihnen um die Sache geht, und stimmen Sie unserem Antrag zu, der ganz neutral formuliert ist. Es geht darum, bayerische Interessen und die Interessen unserer Gemeinden und Kommunen nach Berlin und Brüssel zu tragen. Sie sind gefordert, zu zeigen, ob Sie wirklich eine kommunalfreundliche Partei oder eine Partei der Polemik sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat Herr Kollege Hanisch das Wort. - Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind ein paar Fragen an die Fraktion der FREIEN WÄHLER gestellt worden. Wir werden diese gern beantworten.

Zuerst einmal zu diesem Antrag: Das ist nichts Neues für dieses Haus. Es ist auch nicht so dringend wie Sie getan haben, Herr Kollege; denn sonst wäre schon längst etwas getan worden. Ich kann mich erinnern, dass ich am 15.07.2010 dazu gespro-

chen habe. Auch damals wurde ein Antrag von der CSU eingereicht. Zwar nicht wörtlich, aber inhaltlich war es der gleiche Antrag. Die FREIEN WÄHLER haben einen Antrag dazu gestellt. Beiden Anträgen ist im Hohen Hause einstimmig zugestimmt worden.

Was hat sich seither verändert? In der Sitzung 2010 ist uns gesagt worden, es werde bereits seit 2008 verhandelt. Es ist gesagt worden, man sei in guten Gesprächen. Jetzt schreiben wir das Jahr 2014. Es sind sechs Jahre vergangen, und ich hätte zumindest erwartet, dass wir irgendwann, wenn keine Lösung kommt, einen Zwischenbericht erhalten. Fehlanzeige! Wir haben heute den gleichen Antrag, wie wir ihn bereits 2010 vorliegen hatten.

Wenn ich jetzt die Aktualität des Themas betrachte, ist anzumerken: Sowohl in der "Süddeutschen Zeitung" als auch im "Staatsanzeiger" vor 14 Tagen und vor einer Woche stand, dass der Bundesbaustatssekretär Pronold erklärt hat, man sei mit dem Einheimischenmodell auf einem guten Weg. Die Arbeiten zwischen dem bayerischen Innenministerium, dem Bund und Europa seien auf einem guten Weg und stünden kurz vor einem Abschluss. Jetzt stellen Sie diesen Antrag. Ich frage mich: Glauben Sie denn nicht, was der Herr Staatssekretär sagt? Wollen Sie etwa schneller sein als der Staatssekretär, um dann behaupten zu können, in München habe man eine Lösung herbeigeführt? Diese Frage müssen Sie mir beantworten. Das passt nicht zusammen.

Weil wir gesehen haben, wie dieser Antrag zustande kam, haben wir beschlossen, ebenso den gleichen Antrag zu stellen, um mit dem gleichen Wortlaut zu provozieren. Keine Angst: Der Aufforderung, Ihrem Antrag zuzustimmen, werden wir nachkommen. Wir haben die gleiche Intention. Wir wollen dieses Einheimischenmodell weiterhin haben. Es ist nicht so, dass es alle Kommunen und Gemeinden in Bayern bisher anwenden konnten. Wir haben fünf, sechs Fälle, in denen vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt worden ist, die gescheitert sind. Die Modelle konnten nicht so durchgeführt werden. Die Masse konnte allerdings weitergeführt werden; insofern gebe ich Ihnen recht.

Es handelt sich um ein aktuelles Problem, und ich kann allem, was bisher zur Sache gesagt worden ist, zustimmen. Der Zeitpunkt der Antragstellung kurz nachdem der Staatssekretär im Bundesbauministerium gesagt hat, wir seien auf einem guten Weg, ist bezeichnend. Es ist auch das bayerische Innenministerium gelobt worden. Insofern halte ich es für seltsam, das Innenministerium aufzufordern, etwas zu tun. Wie groß ist Ihr Glaube an Ihr Ministerium? - Deshalb haben wir einen eigenen Antrag gestellt und um einen Zwischenbericht gebeten, um zu erfahren, wie es aussieht. In der Sache sind wir uns einig. Insofern brauchen wir nicht zu diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Adelt, bitte.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie alle wissen, bewirbt sich ein ehemaliges Landtagsmitglied, die ehemalige Landrätin Gabriele Pauli auf Sylt um das Amt des Bürgermeisters. Sie hätte nur ein Problem, nämlich wenn sie gewählt würde: Sie würde keine Wohnung finden und müsste in einem Wohnmobil auf dem Campingplatz übernachten. Um diese Frage muss man sich kümmern.

Bayern hat vor Jahren vorgesorgt und hat die Einheimischenmodelle geschaffen. Es soll nicht sein, dass die Einheimischen wegziehen müssen, um dann mit dem öffentlichen Personennahverkehr wieder in ihren Heimatort zurückzukehren, um dort arbeiten zu können.

Es wurde bereits erwähnt, dass sich das Plenum schon am 15.07.2010 mit dieser Problematik befasst hat. Damals ging es um ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Jetzt ist Feuer auf dem Dach; denn der Europäische Gerichtshof hat Belgien gerügt und das Modell der Flamen und Wallonen in Flandern abgelehnt.

Wir von der SPD wollen das Einheimischenmodell auf jeden Fall erhalten, auch mit dem Kriterium der Ortsansässigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings müssen die Kommunen in ihrer Entscheidungsfreiheit auch regeln, welche Rolle der Familienstatus spielt, welche Rolle das Einkommen spielt, wie es mit einem Bebauungszwang aussieht sowie die Frage zum Rückkaufsrecht, der Rückkaufspflichtung und vieles mehr. Besonders die Ortsansässigkeit ist bei der EU sauer aufgestoßen. Es ist notwendig, genau und filzfrei zu definieren, wer als ortsansässig gilt und wer wann als Einheimischer angerechnet wird. Wie schaut es mit einem Franken-Bonus aus? Haben Franken, die zehn Jahre in einer oberbayerischen Gemeinde wohnen, ein besonderes Anrecht oder sind das immer noch keine Oberbayern? Solche Dinge müssen eindeutig geklärt werden.

(Heiterkeit)

Allerdings – ich betone es nochmal – handelt es sich um eine kommunale Angelegenheit, die europakonform geklärt werden muss.

Um auf den Antrag der FREIEN WÄHLER zurückzukommen: Ich darf eine dritte Zeitung zitieren, nämlich den "Münchner Merkur". Nach dieser Zeitung hat Florian Pro-nold gesagt, er sei davon überzeugt, dass das Bundesbauministerium und das baye-rische Innenministerium gemeinsam mit der EU-Kommission zu einer guten Lösung kommen können. Doch die Antwort ist echt europäisch; denn sie lautet: Wann sich die Kommission äußern wird, ist leider nicht bekannt. - Schauen wir also einmal, was da-raus wird. Die SPD-Fraktion wird keinen eigenen Antrag stellen. Sie stimmt dem Dringlichkeitsantrag der CSU zu und kann dem Antrag der FREIEN WÄHLER, der al-lerdings von einer gewissen Hektik zeugt, auch zustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Wie das mit den Franken ist, müssen wir nochmal besprechen, Herr Kollege;

(Heiterkeit)

das hab ich noch nicht so ganz verstanden. – Ich darf noch bekannt geben: Die CSU-Fraktion hat zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt. - Herr Kollege Mistol ist schon bereit. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den vorliegenden Dringlichkeitsantrag gestern gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob die politische Eiszeit im Landtag schon vorbei ist. Anders konnte ich mir nicht erklären, dass Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mit Ihrem Dringlichkeitsantrag heute zumindest inhaltlich ganz auf Kuschelkurs mit der Opposition gehen und ein unverfängliches Thema als dringlich herausstellen. Zwar haben das offensichtlich nicht alle hier im Landtag so verstanden, aber ich zumindest.

Kolleginnen und Kollegen, Einheimischenmodelle dienen dazu, wichtige städtebauliche wie auch soziale Ziele zu erreichen. Damit soll sichergestellt werden, dass gerade Familien mit schmalen Geldbeutel, die ein Eigenheim erwerben möchten, nicht durch zu hohe Grundstückspreise aus den Gemeinden verdrängt werden. Auch den Folgen des demografischen Wandels und der damit verbundenen Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Regionen kann durch Einheimischenmodelle entgegengewirkt werden. Damit tragen Einheimischenmodelle zu einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur in den bayerischen Städten und Gemeinden bei.

Letztendlich geht es darum – das ist die Intention des Dringlichkeitsantrags der Kolleginnen und Kollegen der CSU, aber auch des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER -, das Instrument der Einheimischenmodelle künftig auf eine rechtssichere Basis zu stellen. Seit 2008 – darauf ist schon hingewiesen worden – wird mit der EU-Kommission darüber verhandelt, und viele Kommunen sind in Sorge, ob die EU diese Einheimischenmodelle nicht doch noch komplett kippen könnte. Vielerorts legen die Kommunen die Veräußerung von Baugrund nach Kriterien des Einheimischenmodells auf Eis. Fest steht jedoch, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem letzten Jahr schließlich bestätigt hat, dass das Ziel verfolgt werden kann, auch weniger vermögenden Familien einen Immobilienerwerb zu erleichtern. Es ist zumindest nicht

grundsätzlich beanstandet worden; das Gericht hat stattdessen einen Weg aufgezeigt, wie solche Modelle europarechtskonform ausgestaltet werden können.

Aufgabe der Staatsregierung ist es deshalb, im Schulterschluss mit Bundesregierung und EU-Kommission dafür Sorge zu tragen, dass das Konzept der Einheimischenmodelle künftig auf soliden Beinen steht. Dazu reicht es nicht aus, nur das Auswahlkriterium der Ortsansässigkeit anzulegen. Das genügt nicht; es ist auch aus unserer Sicht nicht sinnvoll, wenn Gemeinden die Vergabe von Grundstücken ausschließlich davon abhängig machen, wie lange jemand in einer Gemeinde wohnt. Neben der zeitlichen Dimension ist es wichtig, soziale Kriterien als Bemessungsgrundlage der Vergünstigungen oder die Berücksichtigung ortsspezifischer Besonderheiten so zu formulieren, dass ein Verstoß gegen europarechtliche Grundfreiheiten ein für alle Mal ausgeschlossen werden kann. Dann wäre eben die Dauer der Ortsansässigkeit nur ein Merkmal unter anderen. Hinsichtlich dieser Punkte hätten Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihren Dringlichkeitsantrag sicherlich noch etwas konkretisieren können. Alles in allem können wir aber beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Herr Staatssekretär Eck, bitte.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Über das Thema als solches, denke ich, brauchen wir nicht mehr zu diskutieren. Ich kann hier keinen Dissens feststellen. Wir sprechen in die gleiche Richtung und wollen letztendlich die gleichen Voraussetzungen schaffen. Uns allen geht es um eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur. Punkt! Das können wir festhalten.

Vom Kollegen Hanisch wurde die Zeit angesprochen, die zwischenzeitlich vergangen ist. Man muss wissen, dass es die erste Rüge der Kommission 2006 gegeben hat. Dabei hat es sich aber nicht um bayerische, sondern um eine westfälische Kommune gedreht. Die bayerischen Kommunen sind 2009 dazu gekommen. Auch andere EU-

Mitgliedstaaten haben dieses Thema diskutiert. Es gab einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess. Dann hat – auch das muss man der Vollständigkeit halber an dieser Stelle sagen – die Kommission drei Jahre auf die EuGH-Entscheidung gewartet. Während dieser Zeit war von unserer Seite aus letztendlich überhaupt keine Regelung möglich; das war von 2010 bis 2013. Last but not least, lieber Kollege Hanisch, wird über den Daumen gepeilt seit eineinviertel Jahren darüber diskutiert, wie wir mit der jetzigen Situation umgehen. Details brauchen wir nicht. Im Wesentlichen geht es um zwei Punkte, zunächst die Ortsansässigkeit. Hier sind wir uns einig; da wurde über zehn oder fünfzehn Jahre diskutiert. Zurzeit sind fünf Jahre im Gespräch. Als Zweites sind die Einkommens- bzw. Vermögensgrenzen in der Diskussion. Auf europäischer Ebene ist beides massiv in der Kritik. Man will ein Punktesystem einführen, das beide Themenbereiche vermischt, dass man also für Vermögen und Einkommen einen, zwei oder drei Punkte bekommt; das Gleiche gilt für die Ortsansässigkeit. Dann kristallisiert sich ein Ergebnis heraus. Das hat aus unserer Sicht den Nachteil, dass das ausgewogene Modell zur Bevölkerungsstruktur einer Kommune gegebenenfalls durchkreuzt werden kann, weil sich letztlich auch Fremde in dieser Gemeinde womöglich im Übermaß ansiedeln können. Aber genau das wollen wir durch die Einheimischenmodelle verhindern; dabei geht es um die Erhaltung einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur.

Ich meine, wir sind auf einem ausgezeichneten Weg, und ich bin davon überzeugt, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag unterstützen sollten. Wir können das Verfahren einfach nicht beschleunigen. Wir sind aber dran. Wir haben die Bundesministerin noch einmal eindringlichst gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Ergebnis so schnell wie möglich ermittelt wird. In diesem Sinne bitte ich, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Die CSU-Fraktion hat auch für den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das wird doch einstimmig; was soll das?)

Ich kann jetzt noch nicht darüber abstimmen lassen, weil die 15 Minuten noch nicht um sind. Wir müssen die Abstimmung also verschieben.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich lasse zunächst über den Antrag der CSU-Fraktion abstimmen. Das ist die Drucksache 17/3589. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3607 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten bitte!

(Namentliche Abstimmung von 14.40 bis 14.45 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, teile ich noch das Ergebnis der Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Hanisch betreffend "Endlich Einsatz für Einheimischen-Modelle zeigen!" auf der Drucksache 17/3607 mit: Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein haben 83 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.10.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Endlich Einsatz für Einheimischenmodelle zeigen! (Drucksache 17/3607)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael			
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	59	83	0